

# **Erklärungen, Aktionen und Materialien zum Thema Gewalt**

## **Männerarbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland**

### **Wort zum Männersonntag**

Der Ökumenische Rat der Kirchen hat für 2001 bis 2010 eine Dekade zur Überwindung von Gewalt ausgerufen. Er bittet alle Mitgliedskirchen, ihre Aktivitäten zu intensivieren, um gegen eine Kultur der Gewalt eine Kultur des Friedens wirksam werden zu lassen.

Täglich erreichen uns Berichte von den Kriegsschauplätzen dieser Erde. Täglich breitet sich Gewalt um uns aus: in Familien, auf Schulhöfen, in öffentlichen Verkehrsmitteln. Insbesondere rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten haben stark zugenommen.

Die Auseinandersetzung mit dem Gewaltthema berührt zentrale Fragen des christlichen Glaubens und die Rolle des Mannes in Geschichte und Gegenwart. Deswegen können christliche Männer angesichts dieser Entwicklung nicht nur Tagesordnung übergehen.

Zur Hoffnung berufen – Wege aus der Gewalt – heißt das neue Jahresthema. Gewalt ist in erster Linie ein Männerthema. In der Regel sind die Täter Männer. Dabei müssen aber auch die männlichen Opfer wahrgenommen werden.

Wege aus der Gewalt: Das ist die selbstkritische Frage nach einem Männlichkeitsbild, das sehr stark vom Herrschen geprägt ist und Ohnmachtserfahrungen kaum erträgt.

Wege aus der Gewalt: Das ist die Auseinandersetzung mit der Gewalttradition der Bibel und der Kirchengeschichte.

Wege aus der Gewalt: Das ist die Entdeckung der Botschaft Jesu von der Nächsten- und Feindesliebe als Ausdruck jener Freiheit, die den Kreislauf von Gewalt und Gegengewalt unterbricht.

Wege aus der Gewalt: Das ist das Ausprobieren dieser Freiheit – nicht naiv, sondern realistisch, kalkulierend und die möglichen Folgen bedenkend.

Wege aus der Gewalt: Das ist die Lebenshaltung des längeren Atems, die die Hoffnung auf Veränderungen nicht aufgibt, weil sie sich zur Hoffnung berufen fühlt.

Wege aus der Gewalt: Das ist auch die Erinnerung an die Gewalt gegenüber der Schöpfung. 2001 jährt sich das Ereignis der Tschernobylkatastrophe zum 15. Mal. Der evangelischen Männerarbeit erwächst daher in diesem Jahr eine besondere Verpflichtung, dem Vergessen entgegen zu wirken und die Hoffnung auf Veränderung wach zu halten.

## **Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung**

### **Rundbrief gegen Rechts**

Kein Tag vergeht ohne Meldungen über rechtsextremistische Gewalttaten: Gegen Einwanderer und Flüchtlinge, gegen Juden, gegen schwarze Deutsche, gegen Behinderte und Obdachlose. Seit 1990 wurden in Deutschland 28 Menschen von Rechtsextremisten und Rassisten umgebracht. Menschen, die von solchen Übergriffen bedroht sind, leben unter ständiger Spannung. Noch immer gibt es Politiker die mit Feindbildern (z.B. Islam) und Parolen („Kinder statt Inder“) zu einem Klima der Fremdenfeindlichkeit beitragen. Ausländer und Asylbewerber erleben viele Gesetze und die mit ihnen verbundene Rechtspraxis als strukturelle Gewalt; sie prägen jene soziale Ausgrenzung mit, durch die sich Rechtsextreme ermutigt fühlen. Den Hintergrund bildet eine Konkurrenzgesellschaft, in der tagtäglich das Gegenteil von Gerechtigkeit, Toleranz und Nächstenliebe gelebt wird.

Evangelische Erwachsenenbildung steht auch hier vor einer Herausforderung – aber auch in einer Tradition. Mit ihrem Auftrag, Zeugnis und Orientierung aus christlichem Glauben zu geben, ist Erwachsenenbildung in kirchlicher Trägerschaft schon immer eine Arbeit gegen Gewalt. Mit dem christlichen Menschenbild, mit Ko-Individualität und Mitverantwortung sind Rechtsextremismus und Intoleranz unvereinbar.

Aus dieser jahrelangen Arbeit gibt es erprobte erwachsenpädagogische Methoden und Arbeitsmaterialien, für Multiplikatoren, für Betriebe, für Gemeinden, für soziale Brennpunkte. Und es gibt zahlreiche Einrichtungen mit erfahrenen Teamerinnen und Referentinnen, auch im nahen Umfeld der Erwachsenenbildung. Viele davon sind im DEAE-Mitgliedsverband Aktionsgemeinschaft Dienst am Frieden (AGDF) zusammengeschlossen. Diese Erfahrungen können Sie abrufen, wenn Sie Ihre Arbeit in diesem Themenfeld verstärken möchten; dazu möchten wir Sie mit diesem Rundbrief gegen Rechts ermutigen.

Politische Bildung taugt nicht zum Kriseneinsatz; und kurzfristige Rezepte gegen rechtsextreme Mentalität gibt es nicht. Für eine langfristige wirksame Arbeit aber haben wir gute Instrumente, die wir weiter und verstärkt nutzen wollen. Erwachsenenbildung – auch gerade die in kirchlicher Trägerschaft – hat zur politischen Kultur in diesem Land beigetragen; das soll und kann sie auch jetzt weiter tun.

## **Bürgerbündnis gegen Gewalt im Kreis Mettmann gegründet**

Mettmann (epd). Unter Moderation von Superintendenten Günter Arnold vom Evangelischen Kirchenkreis Düsseldorf-Mettmann hat sich im Kreis Mettmann ein Bürgerbündnis „Gegen Gewalt und Intoleranz“ gegründet. Das Bündnis, in dem sich Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbände und weitere Gruppen zusammen geschlossen haben, wolle gegen jede Art von Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus eintreten, teilte der Kirchenkreis am Freitag mit. Prominenter Gast bei der ersten öffentlichen Veranstaltung des Bündnisses am 29. März in der Stadthalle Mettmann sei Michel Friedmann vom Zentralrat der Juden in Deutschland (gewesen).

## **Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Paul Spiegel**

### **Kritik am rechten Hass im Netz**

„Was im Internet an Hass rüberkommt, dagegen muss man vorgehen“, forderte der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Paul Spiegel. Beim Diskussionsabend „Toleranz, Zusammenleben und Humanität in Düsseldorf“ in der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf verlangte Spiegel Eingriffe in die mittlerweile über 500 Internet-Auftritte mit rechtsextremistischem Inhalt.

Außerdem kritisierte er, dass jugendliche Rechtsradikale gar nicht mehr zu – meist von Sicherheitskräften beobachteten – Versammlungen gehen müssten. Stattdessen könnten sie völlig unbeobachtet im Internet Absprachen treffen.

Ferner forderte der Zentralratsvorsitzende die Menschen zur Zivilcourage auf. Dabei werde von niemandem verlangt, sich bei rechtsradikalen Vorkommnissen selbst in Gefahr zu bringen. Doch: „Ich rufe alle auf, das Handy zu benutzen und die Polizei zu rufen. Das ist Zivilcourage.“

Zum möglichen Verbot der NPD erklärte der Düsseldorfer Politikwissenschaftler Professor Ulrich von Alemann, dass er seine frühere Meinung geändert habe. Für ein Verbot spreche, „was die NPD nicht nur im Programm, sondern auch was sie im Verhalten ihrer Mitglieder zeigt“. Der Parteilforscher von

Alemann leitete die Podiumsdiskussion, zu der der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Michael Müller, eingeladen hatte. Vor mehreren hundert Zuhörern, von denen sich ausführlich in der zweieinhalbstündigen Diskussion äußerten, mahnte Müller an, über die gesellschaftlichen Ursachen des „nationalen Gebräus“ zu sprechen.

Niemand werde als Antisemit geboren, sagte Paul Spiegel. „Da ist etwas schief gelaufen, vielleicht in der Familie, auf jeden Fall in der Schule.“ Dazu sagte der Rabbiner der jüdischen Gemeinde in der Landeshauptstadt, Michael Goldberger: „Bedauerlicherweise wird aber auch niemand als guter Mensch geboren.“ Deshalb müssten wir beginnen, die Menschen wieder zu erziehen – was auch Aufgabe der Schulen sei.

„Nur jeder zweite Jugendliche weiß noch von Auschwitz“

Worin Rabbiner Goldberger mit Paul Spiegel übereinstimmte. Auch Spiegel mahnte die Verantwortung der Schulen an. Und kritisierte, dass jeder Zweite der 14- bis 17-jährigen heutzutage mit dem Begriff Auschwitz nichts anzufangen wisse.

Zu den Beiträgen aus dem Publikum gehörte der Hinweis darauf, dass die organisierte Rechte der Bundesrepublik ihren Sitz in Düsseldorf habe. Von hier würden Strippen gezogen, betonte eine Frau. Auch bis zu diesem Diskussionsabend hat die Polizei den oder die Täter des Anschlags noch nicht gefunden, bei dem Ende Juli zehn Männer und Frauen mit einer Bombe verletzt wurden, einige von ihnen schwer. Sechs der Opfer sind jüdischen Glaubens.

Er lebe seit über vierzig Jahren in Düsseldorf, und er lebe gern in dieser Stadt, sagte Paul Spiegel und betonte: Düsseldorf sei keine braune Stadt. Doch: „Tun wir alles in Familie, Schule, am Arbeitsplatz, im Verein oder am Stammtisch, damit es auch nie eine braune Stadt wird!“

## Keine Chance für Intoleranz und Gewalt

### **Die SPD zum Stand um die Debatte zu Maßnahmen gegen Gewalt und Rechtsextremismus**

Intoleranz gegenüber Minderheiten und Gewalt haben in Deutschland gefährlich zugenommen – sie verbinden sich in dramatischer Weise mit rechtsextremistischer Ideologie. Rechtes Gedankengut verführt zur Gewalt und Gewaltbereitschaft sucht sich ihre ideologische Begründung.

Menschen werden ermordet, verletzt, angepöbelt, missachtet. Damit muss Schluss sein!

Demokratie muss immer wieder neu gelernt und gestaltet werden. Sie wird uns nicht geschenkt. Demokratie muss wehrhaft sein. Sie braucht Männer und Frauen, jung und alt, die dazu bereit sind.

Es ist gut, dass die große Mehrheit in unserem Lande Intoleranz und Gewalt ablehnt. Aber das reicht nicht. Es muss Bereitschaft geben, den rechten Sumpf auszutrocknen, Toleranz zu praktizieren, Gewalt zu verhindern.

Die Politik muss dabei ihre Aufgabe lösen. Alle anderen gesellschaftlichen Gruppen aber auch die ihren. Einiges muss un-mittelbar geschehen, anderes braucht langen Atem.

Das Zuhause, die Schule, Medien, Firmen, Vereine, Organisationen müssen Orte sein, wo Dialogfähigkeit gelernt und Kompromissfähigkeit geübt werden. Jede und jeder Jugendliche muss eine ehrliche Lebens- und Berufschance haben. Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitschancen sind Prävention gegen Intoleranz und Gewalt.

Die demokratischen Jugendverbände und Institutionen geben jungen Menschen Orientierung und sind Übungsfelder praktischer Demokratie.

Sie verdienen Dank, vor allen Dingen Unterstützung.

Gewalt muss geächtet sein!

Solidarisierung mit möglichen Opfern muss selbstverständlich sein!

Gewaltbereitschaft muss offensiv begegnet werden, die faktische Gewalt muss schnell und hart bestraft werden. Dazu müssen Polizei und Justiz angemessen ausgestaltet sein!

Rechtsextremismus lebt von der alltäglichen Sorge vor dem Neuen und dem Vorurteil gegenüber allem Fremden. Mancher scheinbar harmlose Spruch über Minderheiten bereitet den Boden vor. Deshalb: Null Toleranz für Intoleranz, wem immer sie auch gilt.

Der Rechtsextremismus lebt auch vom Gleichschritt der Kolonne und von der Unterordnung unter Führerideologien. Das Verbot der NPD muss – wenn die Beweise für ihre Verfassungsfeindlichkeit hinreichend sind – aktiv angestrebt werden.

Rechtsextremismus ist mit den neuen Kommunikationsmitteln vertraut und kann nicht mit einzelnen punktuellen Gegenmaßnahmen gestoppt werden. Die begonnene Abstimmung über das gemeinsame Vorgehen von Bund und Ländern, präventiv und repressiv, ist deshalb besonders wichtig.

Wir müssen keine Angst haben um unsere Demokratie, aber wir müssen etwas dafür tun.